

Europas Kräfte bündeln

Datum
13. Juni 2005

Fünf Empfehlungen der deutschen Industrie

Mit Sorge verfolgt die deutsche Industrie die Debatte über die Zukunft der Europäischen Union nach Ablehnung des Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlanden.

Für die wachsende Distanz in der Bevölkerung gegenüber Europa gibt es viele Gründe. Die anhaltende Wachstumsschwäche und die hohe Arbeitslosigkeit in vielen Ländern der Europäischen Union sind dafür eine Ursache. Zugleich fühlen sich Bürger und Unternehmen durch intransparente Entscheidungen und eine Flut von Regulierungen auf europäischer Ebene zunehmend fremdbestimmt. Das Tempo der Erweiterung und die bis heute nicht zu Ende gedachte Frage, wo die politischen, geografischen und kulturellen Grenzen Europas liegen, verunsichern die Bevölkerung.

Die Wirtschaft hat ein Interesse daran, dass es nicht zu einer ernsten Krise mit dauerhaften Folgen für die Handlungsfähigkeit der EU, den Binnenmarkt und den Euro kommt. Trotz der berechtigten Kritik, die wir in jüngster Vergangenheit an der Regulierungsdichte und Bürokratie in Brüssel geäußert haben, bringen der Binnenmarkt und die gemeinsame Währung den Bürgern und Unternehmen unschätzbare Vorteile. Jetzt muss aber der Konsolidierung Europas Vorrang eingeräumt werden. Folgende Schritte sind notwendig:

Wettbewerbsfähigkeit - Lissabon-Strategie

Erst im März 2005 haben die Staats- und Regierungschefs beschlossen, die Lissabon-Strategie neu auszurichten. Künftig soll die Wettbewerbsfähigkeit Europas stärker als bisher im Mittelpunkt stehen. Die Mitgliedstaaten sollen nationale Aktionspläne vorlegen, in denen Fortschritte der Strategie dargestellt werden. Von der dringend notwendigen Fokussierung auf Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, wie sie von der Kommission gefordert worden war, ist jedoch nur wenig erkennbar. Im Gegenteil droht erneut eine Überlagerung der Strategie mit sozialen und umweltpolitischen Anliegen.

Die Lissabon-Strategie muss sich endlich auf die eigentlichen Ursachen der europäischen Wachstumsschwäche konzentrieren. Jetzt muss die Entlastung der Unternehmen im Vordergrund stehen. Nur sie sind in der Lage, dauerhaft und wirtschaftlich Arbeitsplätze zu schaffen. Die Mitgliedstaaten müssen zu weiteren Strukturreformen bereit sein. Und die Neuausrichtung der Strategie muss sich wesentlich stärker als bisher im Legislativprogramm der Europäischen Kommission niederschlagen.

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband der UNICE

Hausanschrift
Breite Straße 29
10178 Berlin

Postanschrift
11053 Berlin

Telekontakte
Tel.: (030) 2028-1571
Fax: (030) 2028-2571

Internet
<http://www.bdi-online.de>

E-Mail
B.Welschke@bdi-online.de

Die wohlfördernde Wirkung des Binnenmarktes sollte allen Bürgern in Europa bewusst sein. Seit mehr als zehn Jahren hat gerade der Binnenmarkt das Wachstumspotenzial in der EU gefördert. Die Regierungen müssen der Bevölkerung die Vorteile des Binnenmarktes besser vermitteln. Zugleich müssen die europäischen Institutionen davon Abstand nehmen, unter Berufung auf ihre Binnenmarktkompetenz Regeln durchzusetzen, die zu einer übertriebenen Harmonisierung führen. Gerade dieser Trend führt bei den Bürgern und Unternehmen zu dem Eindruck, Regulierung und Bürokratie nähmen in Europa überhand.

Es muss gelingen, das Potenzial des Binnenmarktes noch besser auszuschöpfen. Zu den vorrangigen Projekten gehört die überfällige Öffnung der Märkte für Dienstleistungen. Auch die Märkte für Infrastruktur müssen noch weiter liberalisiert werden. Wenn sich die EU im globalen Wettbewerb der Standorte behaupten will, darf sie den Wettbewerb in ihren eigenen Grenzen nicht behindern.

Subsidiarität - Verhältnismäßigkeit - bessere Rechtsetzung

Die Wahrung von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit zählt zu den zentralen Herausforderungen für die Europäische Union. In den letzten Jahren hat sich bei der Rechtsetzung die Balance zugunsten der europäischen Ebene immer mehr verschoben. Deshalb muss Subsidiarität das Handeln aller Beteiligten wieder stärker leiten. Hier bietet der Verfassungsvertrag Fortschritte durch die Einbeziehung der nationalen Parlamente und ein Klagerecht.

Seit Jahren bemüht sich die EU ohne greifbare Ergebnisse um „Bessere Rechtsetzung“. Jetzt muss konsequent gehandelt werden. Alle Regeln, die zu unverhältnismäßigen Belastungen der Unternehmen führen, gehören auf den Prüfstand. Zugleich muss endlich eine praktikablere Folgenabschätzung für neue Regulierungen geschaffen werden.

Wirtschafts- und Währungsunion

Die Vorteile des Euro gehen weit über die Senkung von Transaktionskosten hinaus. In einem gemeinsamen Währungsraum müssen die Regierungen aber für eine wirkungsvollere Koordinierung ihrer Haushalts- und Wirtschaftspolitik sorgen. Die jüngsten „Reformen“ des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sind kontraproduktiv. Die Mitgliedstaaten sind jetzt noch stärker in der Pflicht, durch Konsolidierung ihrer Haushalte die Politik der Europäischen Zentralbank zu flankieren. Nachhaltiges Wachstum, mehr Beschäftigung und ein international wettbewerbsfähiges Zinsniveau sind nur zu erreichen, wenn die Mitgliedstaaten ihren Beitrag zum Stabilitätsauftrag der EZB leisten.

Die jüngste Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitgliedstaaten war ein historischer Schritt, den die Wirtschaft ohne Vorbehalte unterstützt hat. Schon jetzt ist die Einbindung der neuen EU-Länder in den Binnenmarkt ein großer wirtschaftlicher Erfolg. Gerade deutsche Unternehmen haben von der Erweiterung profitiert und mit ihren Investitionen zur wirtschaftlichen Dynamik in den neuen EU-Ländern beigetragen.

Allerdings muss die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union mit der Erweiterung Schritt halten. Es ist offenkundig, dass die jüngste Erweiterungsrunde die Integrationskraft der EU noch lange Zeit stark beanspruchen wird. Deshalb muss jetzt eine Phase der Konsolidierung folgen. Die Debatte über die Grenzen Europas muss offen geführt werden. Vor jeder neuen Entscheidung über Beitritte muss geprüft werden, ob die politische, wirtschaftliche und institutionelle Balance der EU gewahrt bleibt.

Der BDI fordert den Europäischen Rat auf, seine Handlungsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Weder Stillstand noch ein „Weiter wie bisher“ können die EU aus der gegenwärtigen Krise führen. Für die Handlungsfähigkeit der europäischen Institutionen sind Regeln über den Vertrag von Nizza hinaus notwendig. Zugleich muss ein tragfähiger Beschluss für die Finanzierung der Europäischen Union gefasst werden. Dabei kann es angesichts der Haushaltszwänge in den Mitgliedstaaten nicht zu weiteren Steigerungen des Ausgabenvolumens kommen. Vielmehr müssen auch im Haushalt der EU durch Umschichtungen neue Prioritäten für die Wettbewerbsfähigkeit und die Innovationskraft der europäischen Wirtschaft gesetzt werden. Die strukturerhaltenden Agrarausgaben müssen deutlich gesenkt werden. Dann entfällt auch jede Rechtfertigung für Sonderrabatte.

Am wichtigsten ist es aber, dass die Regierungen auf nationaler Ebene ihren Beitrag zum Erfolg der Europäischen Union leisten. Alle Anstrengungen auf europäischer Ebene sind zum Scheitern verurteilt, wenn die Regierungen nicht bereit sind, im eigenen Land die notwendigen Strukturreformen durchzusetzen. Die Kommission muss sich ihrerseits bei der Rechtsetzung auf die für den Binnenmarkt unbedingt erforderlichen Kernaufgaben beschränken.